

*Hardtwig, Wolfgang (Hg.): Utopie und politische Herrschaft im Europa der Zwischenkriegszeit.*

Oldenbourg, München 2003, 365 S. (Schriften des Historischen Kollegs. Kolloquien 56).

Der von Wolfgang Hardtwig herausgegebene Band gibt einen wichtigen Anstoß zu einer weiterführenden Konzeptualisierung der „Kulturgeschichte des Politischen“ im 20. Jahrhundert. Die hier versammelten Aufsätze befassen sich mit Zukunftskulturen im Europa der Zwischenkriegszeit, mit „Utopien“ im Sinne der gesellschaftlichen Idealvorstellungen, die den Orientierungsrahmen politischen Handelns bilden. Im Zeitalter der Moderne, so der Herausgeber, rückt dabei die Zeit als die sinnbestimmende Größe in den Vordergrund: Die Raumutopie der Frühen Neuzeit wird durch die Zeitutopie der klassischen Moderne abgelöst. Mit der Verzeitlichung der sozialen Idealvorstellungen, mit ihrer Verortung in der Zukunft verstärkten sich ihre Gegenwartsrelevanz und der Glaube der Zeitgenossen an ihre Umsetzbarkeit. Utopien denkt Hardtwig mithin nicht normativ als etwas prinzipiell Unrealisierbares oder als Gegenpol zur „Wirklichkeit“, sondern streng historisch als Ausdruck der gesellschaftlichen Selbstverständigung jeder politischen Ordnung: Utopie wird nicht in einen Gegensatz zu „realer Entwicklung“ gestellt, sondern als handlungsprägender Horizont historischer Akteure begriffen, als strukturierende Komponente eben dieser „Realität“.

Gerade in der Zwischenkriegszeit ist eine enorme Produktionsdichte sozialpolitischer Utopien zu verzeichnen. Die Beiträge des Bandes befassen sich folglich mit Utopievorstellungen in verschiedenen Regimen und Bewegungen der Epoche: Vertreten sind Studien über sozialpolitische Utopien im bolschewistischen Russland wie im faschistischen Italien, in der zionistischen Bewegung wie in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Auf unterschiedliche Weise versuchen die Autorinnen und Autoren mit der Vorgabe des Herausgebers umzugehen, sich nicht auf die bloße Beschreibung des ideellen Aufbaus der Utopien, der „Doktrin“ zu beschränken, sondern die utopisch aufgeladenen Zukunftsprojekte auf ihre mentalitätsprägende Wirkung und Mobilisierungspotentiale hin zu untersuchen.

Diese waren am deutlichsten im bolschewistischen Russland ausgeprägt. In den einschlägigen Beiträgen wurde der in der neueren Propaganda-Forschung bereits heimisch gewordene Ansatz fruchtbar gemacht, die propagandistisch vermittelte Visionen ernst zu nehmen und ihr Mobilisierungs- und Identifizierungspotential zu erfassen. So zeigt Dietrich Beyrau, wie das „bolschewistische Projekt“ dank seiner inneren Vielfältigkeit und Vieldeutigkeit ungewollt verschiedene Handlungsspielräume schuf. Prägend war dabei die mechanistische und militaristische Metaphorik (Partei als „Apparat“ oder „Stab“). Als ein derartig mobilisierungsfähiges Utopieprojekt erwies sich nach Dietmar Neutatz der Bau der Moskauer Metro, der als ein auf die „Umgestaltung“ ganzer Gesellschaften ausgerichtetes Transformationsmodell wahrgenommen wurde. Dabei war nicht entscheidend, ob propagandistische Aktionen „tatsächlich“ verinnerlicht oder „nur“ gespielt wurden: Hauptsache war, dass sie sich als die einzig mögliche Beschreibungsweise der Wirklichkeit durchsetzten, auf die sich jedwede neue Sinngebung beziehen musste.

Allerdings ist das Mobilisierungspotential der Utopien, wie Karl Schlögel argumentiert, nicht an deren „Wirkung“ zu messen. Vielmehr soll Utopisches als eine spezifische Denkform, als „Notstandsdenken“ historisierend interpretiert werden. Somit lehnt Schlögel jede Reduzierung der Utopie auf „Ideologie“ ab und schlägt stattdessen vor, die bolschewistische Revolution mentalitätsgeschichtlich als „Explosion der unterdrückten Phantasiewelten“, als „Anhäufung von Visionen“ zu deuten. Es gab keinen Ausweg aus dem Utopischen – so ist auch der Stalinismus nicht als das Ende der Utopie schlechthin zu betrachten, sondern als eine antirevolutionäre, mit zahlreichen Vergangenheitselementen ausgestattete Vision der politischen Ordnung, die viel mehr als nackter Terrorismus war.

Alle Utopien befanden sich in einem Spannungsfeld zwischen Vergangenheitsidealisation und Zukunftsbegeisterung, um sich mal dem einen, mal dem anderen Pol anzunähern. So bewegten sich etwa die sozialpolitischen Visionen des italienischen Faschismus stets zwischen einem technokratischen, nostalgiefreien Zukunftsoptimismus und einer rural-konservativen Romantik. Nach Gustavo Corni führte diese Ambivalenz zu einer „konservativen Modernisierung“, in der beide Richtungen synthetisiert wurden. Damit unterschied sich der italienische Faschismus vom deutschen Nationalsozialismus, in welchem die reaktionäre Agrarromantik rein nostalgisch-zurückgewandt blieb und letztlich, insbesondere während des Krieges, völlig ins Abseits geriet. Aber auch die linken Zukunftsdiskurse, wie Lucian Hölscher in seinem Beitrag über die Zeitvorstellungen in der deutschen Sozialdemokratie argumentiert, wechselten stets zwischen einer revolutionären Nahperspektive und einer reformistischen Fernperspektive.

Aus mehreren Beiträgen geht deutlich hervor, dass für die deutsche Utopiebildung insbesondere die Zeit um 1900 prägend war. Das gilt für die Zukunftphantasien in der Pädagogik, das utopische Rassendenken oder die ständischen Ordnungskonzepte. In der Weimarer Zeit gewannen Zukunftsvisionen, die zumeist bereits zuvor angelegt gewesen waren, an gesellschaftlicher Relevanz; im Nationalsozialismus wurden sie dann extrem zugespitzt. Dabei zeigen die Beiträge zu nationalsozialistischen Utopien, dass die Diskussion über die „Modernität“ des Nationalsozialismus immer noch offen ist: Ob eher der technizistische Modernisierungswahn oder die antiurbane Blut-und-Boden-Ideologie die zentrale Achse der NS-Utopie bildeten, bleibt in der Forschung durchaus umstritten.

Am ertragreichsten scheint aber der historisierende Ansatz dort, wo nach der Verflechtung von Sozialutopien mit politisch-administrativen Handlungen gefragt wird. Zum Beispiel weist Lutz Raphael am Beispiel der Sozialexperten in Weimar und im Dritten Reich nach, wie die sich als wertneutral, durch Kategorien wie „Sachbezug“ und „Realitätszwänge“ selbstbeschreibenden Spezialisten tatsächlich durch utopische Vorstellungen geleitet wurden, die sich vornehmlich in ihrem unbeschränkten Glauben an Gestaltungskompetenz und ihrer Planungseuphorie ausdrückten.

Wie bei den meisten Versuchen, einen neuen Forschungsansatz einzuführen, treten auch in dem vorliegenden Sammelband stellenweise methodologische Schwierigkeiten auf. So ist einigen Beiträgen, wie etwa dem von Rüdiger Graf über den theoretischen Utopiediskurs in Deutschland, die klassisch ideengeschichtliche Perspektive näher als die angestrebte kulturhistorische Diskursanalyse, was sich in der

Verwendung typisch ideengeschichtlicher Begriffe wie „Einfluss“ niederschlägt. Mit dem kulturhistorischen Forschungsansatz nicht ganz in Einklang scheint auch der Beitrag von Dietrich Beyrau zu stehen, der mit seiner Unterscheidung zwischen „Projekt“ und „Utopie“ zu einem implizit normativen Utopieverständnis tendiert. Problematisch erscheint gleichfalls Dietmar Neutatz' Feststellung, „Diskurs“ und „Realität“ des Moskauer Metrobaus gingen weit auseinander. Dadurch wird der „Diskurs“ etwas reduktionistisch als „Programm“ betrachtet, das in die „Realität“ umgesetzt werden sollte (falls nicht, dann sei es „gescheitert“). Eher konventionell fällt der Beitrag von Ian Kershaw aus, der sich doktringeschichtlich mit den NS-Utopien im „engeren Sinne“ befasst.

Trotz dieser Einwände bildet der besprochene Band einen gelungenen Auftakt zu einer vertieften Historisierung der politischen Kulturen in Europa im Zeitalter der Hochmoderne. Hervorzuheben ist insbesondere die inklusive Auffassung der Moderne, in der die Gemeinsamkeiten von diktatorischer und demokratischer Herrschaft erfasst werden. Damit wird mit der bipolaren Sichtweise der Totalitarismustheorie aufgeräumt, die insbesondere in der Osteuropaforschung immer noch bisweilen aufgewärmt wird. Wolfgang Hardtwigs Sammelband zeigt, dass eine überzeugende Geschichte der Politik ohne Einbeziehung von diskursiven Handlungsrahmen und mentalen Voraussetzungen der Akteure heutzutage nicht mehr möglich ist. In einer derart modifizierten Politikgeschichtsschreibung wird die strikte Gegenüberstellung von der politischen und Ideengeschichte, vom politischen Handeln und Denken obsolet, während sich die „Kultur“ vom bloß additiven „Aspekt“ politischer Geschichte zum sinnweltlichen Raum erhebt, in welchem pure Macht in akzeptierte Herrschaft umgewandelt wird.